

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Ing. Norbert Hofer: Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen verweise ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung.

Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

A. Eingelangte Verhandlungsgegenstände:

1. Schriftliche Anfragen: 18313/J bis 18492/J

Schriftliche Anfragen an den Präsidenten des Nationalrates:

94/JPR

2. Anfragebeantwortungen: 17294/AB bis 17542/AB

Anfragebeantwortungen (Präsident des Nationalrates):

87/ABPR bis 91/ABPR

3. Volksbegehren:

Volksbegehren "Kein NATO-Beitritt" (2546 d.B.)

Volksbegehren "Essen nicht wegwerfen!" (2547 d.B.)

Volksbegehren "Glyphosat verbieten!" (2548 d.B.)

Volksbegehren "Nein zu Atomkraft-Greenwashing" (2549 d.B.)

B. Zuweisungen:

1. Zuweisungen seit der letzten Sitzung gemäß §§ 31d Abs. 5a, 32a Abs. 4, 74d Abs. 2, 74f Abs. 3, 80 Abs. 1, 100 Abs. 4, 100b Abs. 1 und 100c Abs. 1:

Budgetausschuss:

Monatserfolg Februar 2024 sowie Berichte gemäß § 3 Abs. 2
Kommunalinvestitionsgesetz 2023, § 3 Abs. 4 COVID-19-Fondsgesetz, § 3b Abs. 4
ABBAG-Gesetz und gemäß der Entschließung 275/E des Nationalrates vom 17.11.2022
zur Berichterstattung über den Umsetzungsstand des Aufbau- und Resilienzplans
(Vorlage 154 BA)

Vorläufiger Gebarungserfolg 2023, vorgelegt vom Bundesminister für Finanzen (Vorlage 155 BA)

Monatserfolg März 2024 sowie COVID-19 Berichterstattung gemäß § 3 Abs. 2
Kommunalinvestitionsgesetz 2023, § 3 Abs. 4 COVID-19 Fondsgesetz und § 3b Abs. 4
ABBAG-Gesetz sowie das Monitoring von Verschuldung und Investitionstätigkeit der
Gemeinden, vorgelegt vom Bundesminister für Finanzen (Vorlage 156 BA)

Bericht des Bundesministers für Finanzen gemäß § 54 Abs. 12 BHG 2013 über die
Genehmigung von Mittelverwendungsüberschreitungen und gemäß § 60 Abs. 3 BHG
2013 über zugestimmte Vorbelastungen im 1. Quartal 2024 (Vorlage 157 BA)

Bericht des Bundesministers für Finanzen gemäß § 4a Zahlungsbilanzstabilisierungs-
gesetz über die im 1. Quartal 2024 ergriffenen Maßnahmen (Vorlage 158 BA)

Bericht des Bundesministers für Finanzen gemäß Art. 50c Abs. 3 B-VG iVm § 6 der
Anlage 2 zum GOG (ESM-Informationsordnung) über die im Rahmen des Europäischen
Stabilitätsmechanismus getroffenen Maßnahmen im 1. Quartal 2024 (Vorlage 159 BA)

Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen:

Petition betreffend "Barrierefreier Zugang zum Bahnhof in Zirl", überreicht vom
Abgeordneten Hermann Gahr (143/PET)

Petition betreffend "Eigenrechtsfähigkeit der Natur – Anregung auf Abänderung der
Bundesverfassung und von Bundesgesetzen", überreicht von der Abgeordneten Dr. Astrid
Rössler (144/PET)

Bürgerinitiative betreffend "Gemeinsam denken – Kindern helfen!" (67/BI)

2. Zuweisungen in dieser Sitzung:

a) zur Vorberatung:**Rechnungshofausschuss:**

Bericht des Rechnungshofes betreffend Social-Media-Accounts von Regierungsmitgliedern – Reihe BUND 2024/13 (III-1144 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Administratives Unterstützungspersonal an allgemeinbildenden Pflichtschulen – Reihe BUND 2024/14 (III-1154 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Intelligente Messgeräte (Smart Meter) – Einführungsstand 2022 – Reihe BUND 2024/15 (III-1155 d.B.)

Volksanwaltschaftsausschuss:

47. Bericht der Volksanwaltschaft (1. Jänner bis 31. Dezember 2023) (III-1135 d.B.)

b) zur Enderledigung im Sinne des § 28b GOG (vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung des Ausschusses):**Ausschuss für Familie und Jugend:**

Umsetzungsbericht 2023 zur Österreichischen Jugendstrategie, vorgelegt vom Bundeskanzler (III-1165 d.B.)

Tätigkeitsbericht 2023 der Bundesstelle für Sektenfragen, vorgelegt von der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien (III-1166 d.B.)

Ausschuss für Forschung, Innovation und Digitalisierung:

Bericht nach § 3 Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für März 2024 – Untergliederung 34 Innovation und Technologie (Forschung), vorgelegt von der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (III-1156 d.B.)

Gesundheitsausschuss:

Bericht nach § 3 Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für das Kalenderjahr 2024 (Jänner bis Februar 2024), vorgelegt

vom Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (III-1159 d.B.)

Justizausschuss:

Datenschutzbericht 2023, vorgelegt von der Bundesministerin für Justiz (III-1153 d.B.)

Kulturausschuss:

Bericht nach § 3 Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für April 2024, vorgelegt vom Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (III-1167 d.B.)

Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft:

Bericht zum Waldfonds für das Jahr 2023, vorgelegt vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (III-1163 d.B.)

Umweltausschuss:

9. Bericht der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie gemäß § 44 UVP-G 2000 über die Vollziehung der Umweltverträglichkeitsprüfung in Österreich (III-1152 d.B.)

Bericht nach § 3 Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für März 2024 – Untergliederung 43 Klima, Umwelt und Energie, vorgelegt von der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (III-1158 d.B.)

Unterrichtsausschuss:

Bericht des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung betreffend Arbeitsbericht der Nationalen Koordinierungsstelle für den Nationalen Qualifikationsrahmen (NKS) für das Jahr 2023 (III-1160 d.B.)

Verkehrsausschuss:

Bericht nach § 3 Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für März 2024 – Untergliederung 41 Mobilität, vorgelegt von

der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (III-1157 d.B.)

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie:

Tätigkeitsbericht 2024 der Energie-Control Austria, vorgelegt von der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (III-1162 d.B.)

Fristsetzungsantrag

Präsident Ing. Norbert Hofer: Vor Eingang in die Tagesordnung teile ich mit, dass Frau Abgeordnete Doppelbauer beantragt hat, dem Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie zur Berichterstattung über den Antrag 3582/A(E) eine Frist bis 7. Juni 2024 zu setzen.

Der gegenständliche Antrag wird gemäß der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht.

Anträge gemäß § 69 Abs. 3 GOG-NR

Präsident Ing. Norbert Hofer: Wir kommen nun zu vier Anträgen betreffend die Durchführung erster Lesungen von Volksbegehren.

Es liegt mir ein Antrag gemäß § 69 Abs. 3 der Geschäftsordnung vor, das Volksbegehrten Kein Nato-Beitritt, 2546 der Beilagen, in erste Lesung zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, um ein entsprechendes Zeichen. – Das ist **einstimmig angenommen**.

Weiters liegt mir ein Antrag gemäß § 69 Abs. 3 der Geschäftsordnung vor, das Volksbegehrten Essen nicht wegwerfen, 2547 der Beilagen, in erste Lesung zu nehmen.

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. – Auch das ist **einstimmig angenommen**.

Es liegt mir ein Antrag gemäß § 69 Abs. 3 der Geschäftsordnung vor, das Volksbegehren Glyphosat verbieten, 2548 der Beilagen, in erste Lesung zu nehmen.

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist **einstimmig angenommen**.

Es liegt mir ein weiterer Antrag gemäß § 69 Abs. 3 der Geschäftsordnung vor, das Volksbegehren Nein zu Atomkraft-Greenwashing, 2549 der Beilagen, in erste Lesung zu nehmen.

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. – Auch das ist **einstimmig angenommen**.

Redezeitbeschränkung

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zwischen den Mitgliedern der Präsidialkonferenz wurde Konsens über die Dauer der Debatten erzielt. Demgemäß wurde eine Tagesblockzeit von 7,5 „Wiener Stunden“ vereinbart, sodass sich folgende Redezeiten ergeben: ÖVP 146, SPÖ 101, FPÖ 83, Grüne 75 sowie NEOS 60 Minuten.

Gemäß § 57 Abs. 7 der Geschäftsordnung beträgt die Redezeit für die gesamte Tagesordnung von jenen Mandataren, die keinem Klub angehören, je 30 Minuten. Darüber hinaus wird deren Redezeit auf 5 Minuten je Debatte beschränkt.

Wir kommen sogleich zur **Abstimmung** über die eben dargestellten Redezeiten.

Wer diesem Vorschlag beitritt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist **einstimmig angenommen**.

Weiters lege ich nach Beratungen in der Präsidialkonferenz gemäß § 19a der Geschäftsordnung für Tagesordnungspunkt 1 folgende Dauer und Form der

Debatte fest: eine Rednerrunde nach Klubgröße zu je 5 Minuten; Präsident Rousopoulos repliziert im Rahmen der Debatte kurz auf die Redebeiträge; im Anschluss an die Replik des Präsidenten eine zweite Rednerrunde zu je 5 Minuten.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.